

Stadtfinanzen, Postenbesetzung und Verkehrspolitik: das sind zentrale Themen der ÖVP-Initiativen für die Gemeinderatsitzung am 2. Juli 2015:

WEITERHIN KEINE FINANZIELLE TRENDWENDE

Zur Beratung liegt kommenden Donnerstag im Gemeinderat der Rechnungsabschluss 2014 auf. Wie die Mittelfristige Finanzplanung verdeutlicht, fehlt in der Linzer Finanzpolitik weiterhin eine nachhaltige Trendwende Richtung Sanierung. Daher wird die ÖVP dem Zahlenwerk auch nicht zustimmen.

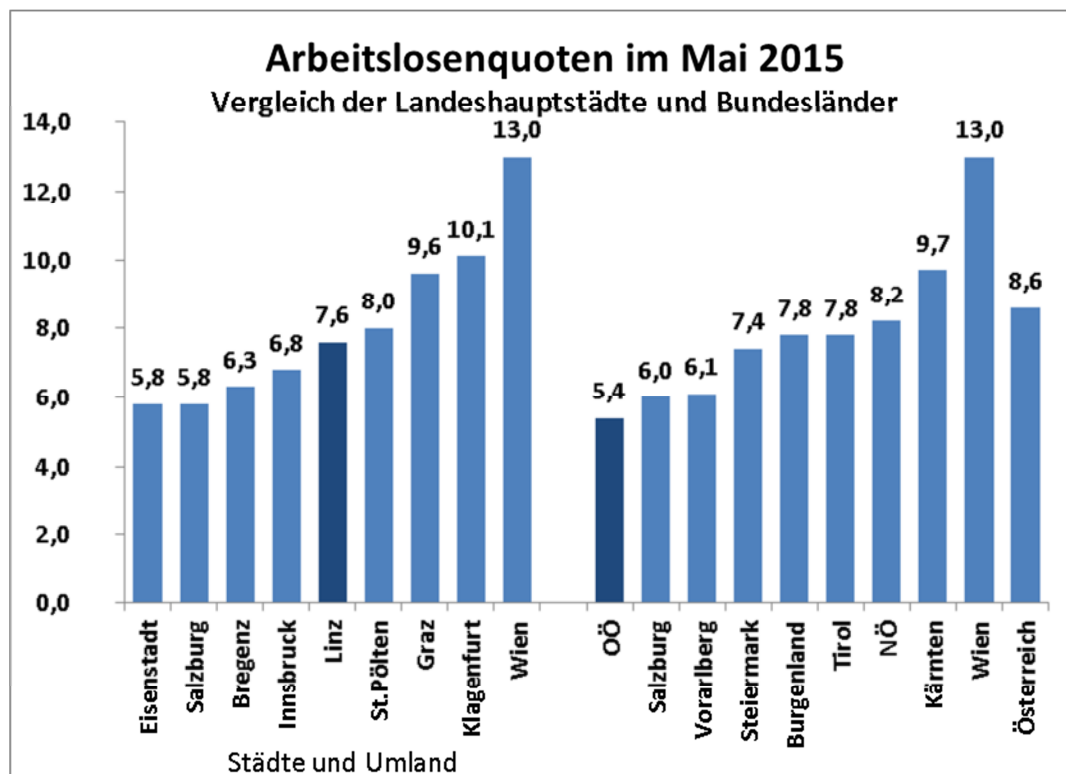
Die finanzpolitischen Kernforderungen der ÖVP Linz lauten:

- **Stopp der Schuldenpolitik!**
- **Abbau des vorhandenen Schuldenberges!**
- **Zukunftsinvestitionen in Daseinsvorsorge aus Zukunfts-Fonds!**

Die finanzpolitische Trendwende in der Landeshauptstadt ist auch notwendig, um in der aktuellen Arbeitsmarktkrise aus dem Budget gegensteuern zu können und die Arbeitslosigkeit bekämpfen zu können. In der Vorwoche hat das AMS die regionalen Arbeitslosenquoten veröffentlicht. Die Arbeitslosenquote im AMS-Bezirk Linz (inkl. Urfahr-Umgebung) liegt bei 7,6 %. Unmittelbar in der Stadt Linz liegt die Arbeitslosenrate bereits bei 9,4 % und damit deutlich höher als im Landesschnitt (5,4 %). Im Vergleich der Stadtregionen liegt der Raum Linz (Arbeitslosenrate 7,6 %) hinter Wien (13 %), Klagenfurt (10,1 %), Graz (9,6 %) und St. Pölten (8,0 %) auf dem 5. Platz. Niedriger als im Raum Linz sind die Arbeitslosenraten in Innsbruck, Bregenz, Salzburg und Eisenstadt.

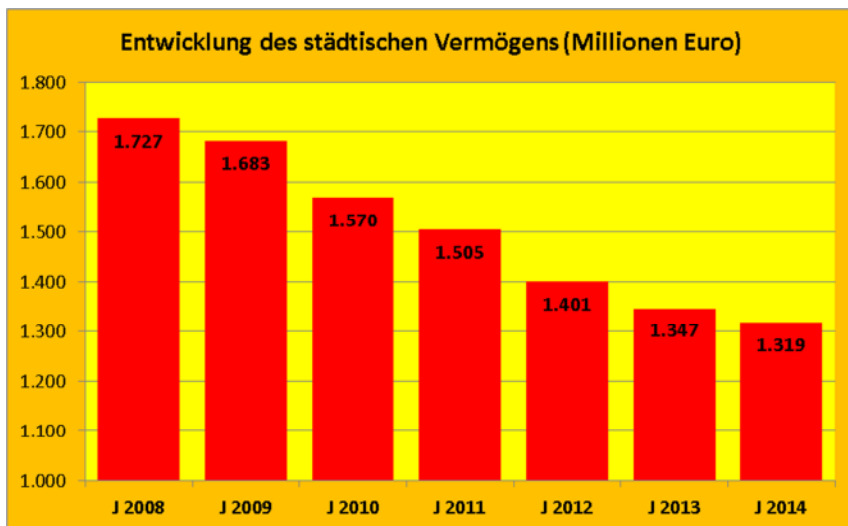
In welche Nöte die jahrelange Schuldenpolitik der SPÖ-Finanzreferenten Linz mittlerweile gebracht hat, wird an der weiterhin fehlenden Initiative im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wieder augenscheinlich: obwohl im Gemeinderat auf Initiative der ÖVP im März 2015 ein Hilfs-Paket beschlossen wurde (heuer bis zu 500.000 Euro), blockiert die SPÖ die Inkraftsetzung dieser Maßnahmen. Aus

Sicht der ÖVP wären aber Unterstützungsmaßnahmen für Bildungs-, Weiterbildungs- und Qualifizierungsprogramme höchst dringlich. Die Finanznöte verhindern bislang aber offenkundig eine Freigabe durch die SPÖ.

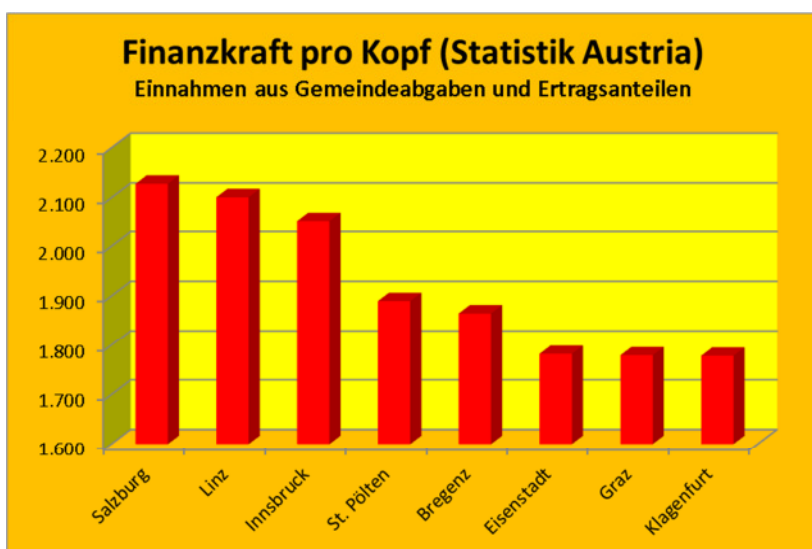


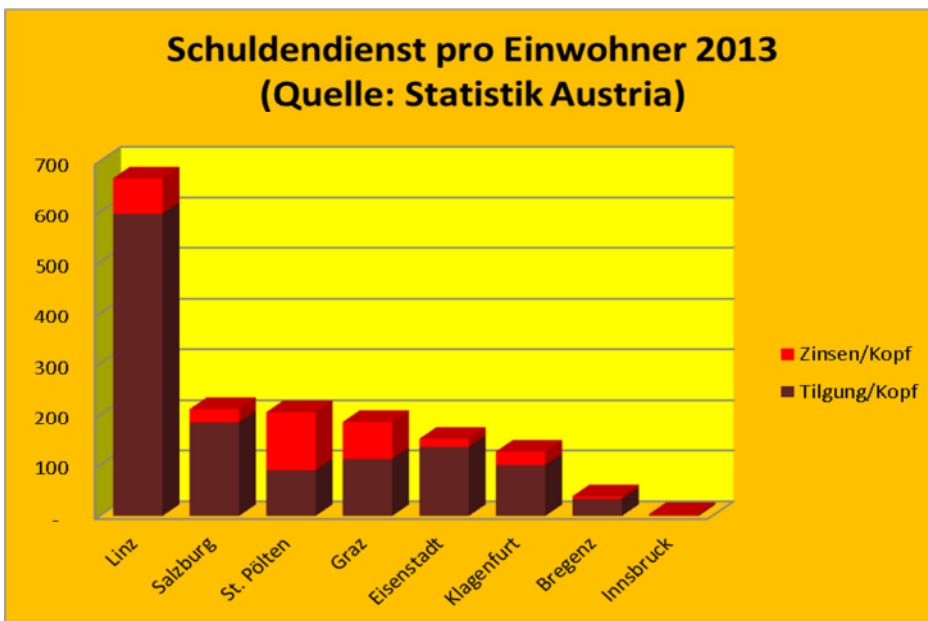
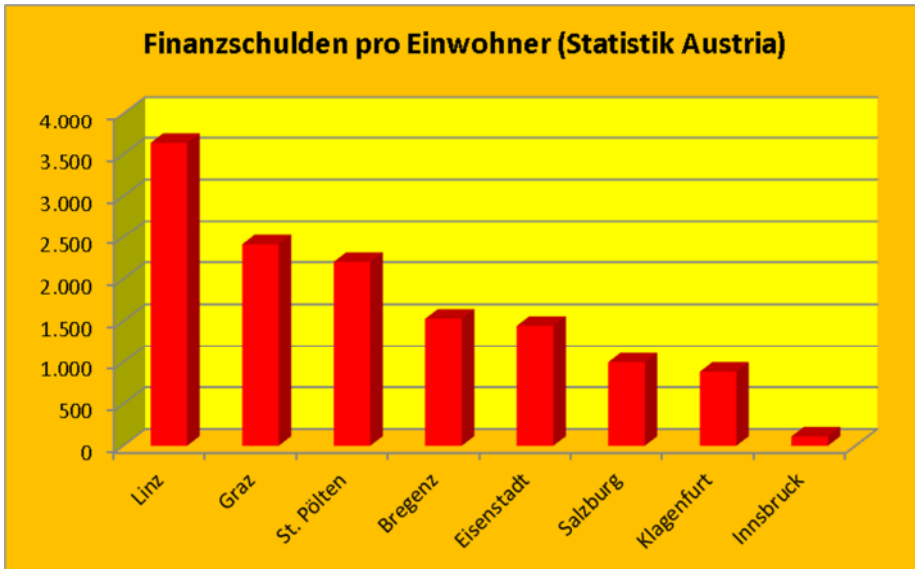
408 MILLIONEN EURO VERMÖGEN VERLOREN!

Wie sehr die jahrelang verfehlte Finanzpolitik der SPÖ mittlerweile auf Kosten der Substanz und der Zukunft der Landeshauptstadt Linz geht, zeigt der Blick auf die Entwicklung des städtischen Vermögens (Eigenmittel). Diese Mittel sind zwischen 2008 und Ende 2014 von 1,727 Milliarden Euro auf 1,319 Milliarden Euro gesunken – das bedeutet: das städtische Vermögen ist innerhalb dieser sieben Jahre um 408 Millionen Euro geschrumpft. In der Berechnung seit dem Jahr 2001 beträgt der Vermögensverlust sogar 628 Millionen Euro.



Auch der jüngste Städtevergleich der Statistik Austria unterstreicht die problematische Finanzsituation der Stadt Linz: demnach liegt Linz in der Finanzkraft pro Kopf (Einnahmen aus Gemeindeabgaben und Ertragsanteilen) knapp hinter Salzburg auf Platz 2, gleichzeitig aber auch in der Pro-Kopf-Verschuldung mit 3.638 Euro ganz an der Spitze. Heißt: trotz bester Ausgangsbedingungen wurde Linz unter Ägide der SPÖ zu einem finanzpolitischen Problemfall!





Pro Linzerin und Linzer fallen laut Statistik Austria im Jahr 667 Euro an fälligen Schuldenraten und Schuldzinsen an. Damit liegt Linz auch da mit Abstand an der Spitze. Die folgenden Städte (Salzburg, St. Pölten) liegen bei rund 200 Euro.

STOPP DER SCHULDENPOLITIK!

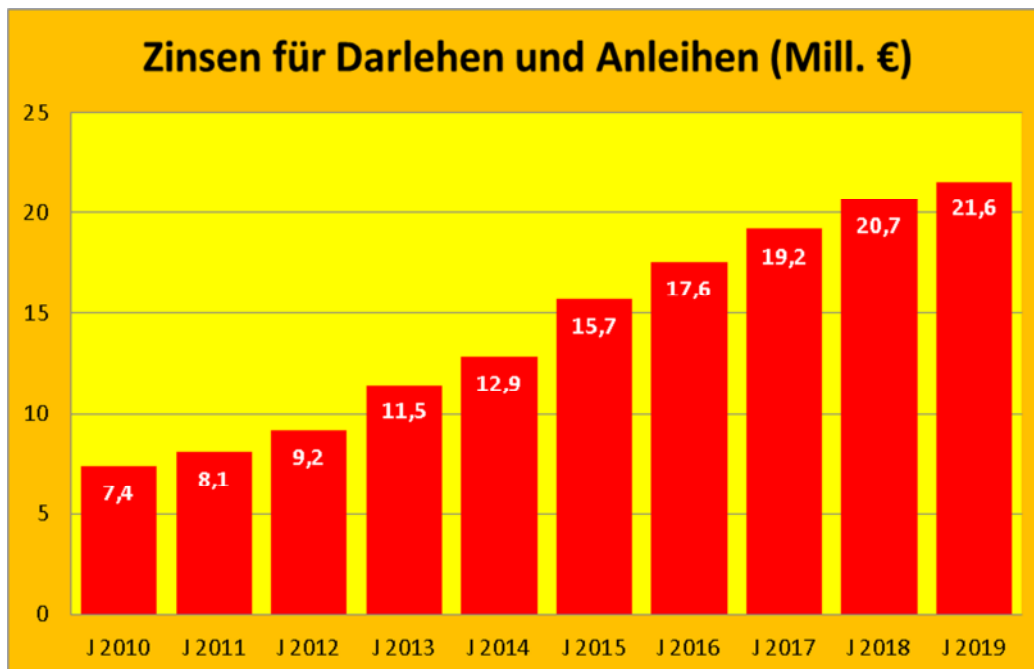
Die ungedeckten Abgänge im Linzer Stadtbudget betragen in der Gesamtsumme 2015-2019 satte 196,8 Millionen Euro. Damit verbunden ist ein dramatischer Anstieg jener Finanzmittel, die aus dem Budget für die Bezahlung von Schuldenzinsen abfließen müssen. Gegenüber 2010 (7,4 Millionen Euro) ist im Rechnungsabschluss 2014 bereits ein hoher Anstieg der jährlichen Zinsenlast auf 12,9 Millionen Euro enthalten. Bis zum Jahr 2019 wird diese jährliche Zinsenlast laut Mittelfristiger Finanzplanung auf 21,6 Millionen Euro explodieren. Dabei sind Zinsen für ausgelagerte Schulden und für außerbudgetäre Finanzierungen noch gar nicht eingerechnet!

ABBAU DES SCHULDENBERGES

Der Rechnungsabschluss 2014 weist für die Stadt Linz per Jahresende 2014 eine budgetäre Verschuldung in Höhe von 701,1 Millionen Euro aus. Bis Ende 2015 wird dieser budgetäre Schuldenstand auf 709,8 Millionen Euro weiter ansteigen. Damit ist laut Mittelfristiger Finanzplanung aber noch immer nicht der Plafond erreicht: 2016 wird ein Schuldenniveau von 714 Millionen Euro erreicht.

Noch gar nicht eingerechnet sind dabei die Kassenkredite („Kontoüberziehungen“) für die ungedeckten Budgetdefizite. Diese werden 2019 ein Niveau von 266 Millionen erreicht haben, sodass die Gesamtverschuldung der Stadt dann bei 969 Millionen Euro liegen wird. Inklusive aller Schulden in Gesellschaften der Stadt, beträgt der Gesamtschuldenstand 2019 dann 1,7 Milliarden Euro.

Und all dies, bei Fortrechnung des derzeit vergleichsweise niedrigen Zinsniveaus. Bei einem Anziehen der internationalen Zinssätze ist mit einem entsprechend deutlichen Anschwellen der Linzer Zinsenbelastung zu rechnen. Mit der fortschreitenden budgetären Verschuldung sind wie erwähnt schon jetzt exorbitant steigende Zahlungen für Zinsen verbunden. Der Langfristvergleich (inklusive der Mittelfristigen Finanzplanung) zeigt folgendes Bild:



NEUE INVESTITIONSSPIELRÄUME

Heuer sind im Linzer Stadtbudget Investitionen in Höhe von 63,7 Millionen Euro veranschlagt. Gemessen an den Gesamtausgaben von 777 Millionen Euro errechnet sich daraus eine Investitionsquote von gerade einmal noch 8,2 %. Bis 2019 zeichnet sich in der Mittelfristigen Finanzplanung ein weiteres Absacken der städtischen Investitionen auf 57,6 Millionen Euro bzw. 7,3 % ab.

Zudem wurden die Investitionen gerade in den Zeiten der Krise schon massiv gekürzt: durch eine Revision der Mittelfristigen Finanzplanung sind aus den Budgets 2015-2018 Investitionsvorhaben von 35 Millionen Euro verschwunden. Zunächst war für diesen Zeitraum nämlich ein Investitionsvolumen in Höhe von 286 Millionen Euro vorgesehen, faktisch umgesetzt werden laut der neuen Planung aber nur Vorhaben im Wert von 251 Millionen Euro.

Damit wirkt die Stadt Linz in Krisenzeiten also nicht antizyklisch und investitionsstark, sondern zyklisch und investitionsenkend!

- **Richtig investieren** heißt aus Sicht der ÖVP Linz: gerade in Krisenzeiten zusätzliche Impulse liefern, um Beschäftigung zu sichern und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Gegenmodell der ÖVP Linz: Einrichtung eines Zukunftsfonds, der mit den Einnahmen aus Firmenbeteiligungen sowie Verkaufserlösen gespeist wird. Aus diesem Fonds sollen die sukzessive Entschuldung der Stadt vorangetrieben und investive Zukunftsprojekte der Daseinsvorsorge finanziert werden.
- **Richtig investieren** heißt aus Sicht der ÖVP auch: insbesondere Projekte mit Beschäftigungs-Potenzial umsetzen. Die richtigen Wege zeigt dafür eine Studie des Joanneum Research in Graz (2012) auf. Dort wurden investive Projekte auf ihre Multiplikator- und Arbeitsmarkt-Wirkung hin untersucht. Kurzfristig zeigen sich die höchsten Multiplikator-Effekte bei (Wohn)bauinvestitionen (x 1,7), bei Investitionen in Telekommunikation und Software (x 1,7) sowie bei der Investition von öffentlichen Geldern in die aktive Arbeitsmarktpolitik. Pro investierte Millionen Euro lösen diese Maßnahmen einen Beschäftigungseffekte zwischen 20 und 25 regionalen Stellen aus – wobei $\frac{3}{4}$ davon neu geschaffen werden.
- **Richtig investieren** heißt insbesondere auch: öffentliche Gelder zielgerichtet investieren. Daher hat die ÖVP Linz zuletzt zB. Zuschüssen an die ILG dort zugestimmt, wo es um Schulen, Kinderbetreuung, Seniorenbetreuung etc. geht. Einen neuen Weg hat die ÖVP beim wichtigen Projekt Tabakfabrik erreicht. Dort soll unter Einbindung von privaten Investitionsmitteln endlich Tempo gemacht werden – auf Basis klarer Zielvorgaben für die künftige Verwendung des Areals. Weiteres Beispiel: die ÖVP fordert, die städtischen Immobilienfirmen nach privatwirtschaftlichen Kriterien zu führen und zB. ein Miet-Kauf-Modell zu entwickeln, mit dem „städtische Wirtshäuser“ den derzeitigen Pächtern zum Kauf angeboten werden.

Fortsetzung der Defizitpolitik, weiterer Anstieg des Schuldenberges und rückläufige Investitionsquote: unter diesen Vorzeichen wird die ÖVP Linz in der Gemeinderatsitzung am kommenden Donnerstag dem Rechnungsabschluss 2014 nicht zustimmen. Weiterhin fehlen nämlich Schritte des Linzer Finanzreferenten zu einer nachhaltigen Sanierung der Stadtfinanzen und hin zu neuen Gestaltungsspielräumen im Sinne der Lebensqualität.

EIN STADTSCHULDEN-AUSSCHUSS FÜR LINZ

Laut Statistik Austria hat Linz wie erwähnt 2013 die mit Abstand höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller österreichischen Landeshauptstädte. Ob diese „offiziellen“ Darlehensschulden der Stadt als hoch oder bereits zu hoch zu bewerten sind, bereits darüber gibt es im Gemeinderat unterschiedliche Meinungen. Das eigentliche Hauptproblem in der Bewertung ist aber, dass dem Linzer Gemeinderat vom Finanzressort keine Berichte zur Erörterung vorgelegt werden, wie hoch der tatsächliche Schuldenstand ist.

Der offizielle Darlehensstand von 701 Mio. Euro (RA 2014) mit 12,9 Millionen Euro Zinsen ist längst nicht einmal mehr die halbe Wahrheit. Auf rund 1,5 Milliarden Euro können die vom Linzer Steuerzahler zu finanzierenden Schulden inklusive Kassenkredite, Leasing, Sonderfinanzierungen und in ILG, AKH und SZL ausgelagerte Schulden geschätzt werden. Inklusiv Linz AG, GWG und den sonstigen UGL-Betrieben weist die UGL Bilanz 2013 „Verbindlichkeiten“ von über 2,6 Milliarden Euro aus. Wie hoch die Zinsen dafür sind, ist ein gut gehütetes Geheimnis des Finanzressorts.

Statt der angekündigten Transparenz wird die Vorlage von Finanzberichten an den Gemeinderat nach wie vor verhindert. So blieben z.B. der ÖVP/FPÖ Antrag „Bericht zum Debt-Management und zur UGL-Konzernbilanz“ oder der ÖVP Antrag „Stresstest-Szenarien für die Linzer Zinsenlast bei steigenden Zinsätzen“, die einstimmig dem Finanzausschuss zugewiesen wurden, bisher unerledigt.

Angesichts der prekären Finanzentwicklung wäre neben der Information über die Finanzdaten auch eine laufende fachliche Beratung des Gemeinderates durch allgemein anerkannte unabhängige Expertinnen und Experten wünschenswert. Angelehnt an die Idee des Staatsschuldenausschusses (jetzt Fiskalrat) wird die ÖVP dem Gemeinderat in einem Antrag vorgeschlagen, in

der Stadt Linz einen Stadtschuldenausschuss als fachliche Beratung für den Gemeinderat einzurichten.

„Angelehnt an die Idee des Staatsschuldenausschusses/Fiskalrates soll zur fachlichen Beratung des Linzer Gemeinderates ein Stadtschuldenausschuss (Arbeitstitel) eingerichtet werden. Aufgabe des Gremiums soll eine unabhängige Analyse, Beurteilung der Zinsentwicklung und die Abgabe von Empfehlungen und Reformvorschlägen zum Abbau der Gesamtverschuldung und Zinszahlungen des Magistrates und auch der gesamten Unternehmensgruppe Linz sein.

Das Gremium soll aus anerkannten und unabhängigen Expertinnen und Experten im Bereich des Finanz- und Budgetwesens bestehen. Das Gremium soll zumindest vor der Beschlussfassung des Voranschlages und des Rechnungsabschlusses den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten seinen Befund und die Empfehlungen dazu übermitteln.

Der Bürgermeister wird gemeinsam mit je einer/einem Vertreter/in der anderen Gemeinderatsfraktionen ersucht, in einer Arbeitsgruppe bis September eine Übereinkunft für die Auswahl der Expertinnen und Experten sowie eine Übereinkunft für die näheren Details zu diesem Gremium zu finden.

POSTENENTSCHEIDUNG FRAGWÜRDIG

Mit einer Bewerbungsfrist bis 13.04.2015 wurde der Posten für den Direktor bzw. die Direktorin des Geschäftsbereiches „Personal & Zentrale Services, Mitglied des Führungsboards“ der Stadt Linz ausgeschrieben. Gefordert wurde darin ein „abgeschlossenes betriebswirtschaftliches Studium mit Schwerpunkt Personal oder Organisation beziehungsweise vergleichbare Hochschulausbild-

ungen“. Eine Angabe über das Ausmaß der in diesem Zusammenhang erforderlichen ECTS (European Credit Transfer and Accumulation System), d.s. Leistungspunkte, die Aufschluss über das Studiausmaß geben, unterblieb jedoch in der Stellenausschreibung.

Dieser Mangel in der Stellenausschreibung hat dazu geführt, dass zusätzlich zum geplanten Hearing am 20.05.2015 ein weiterer Hearing-Termin angesetzt werden musste, insbesondere für einen Bewerber, der ein Universitätsgutachten vorlegte, das ihm entgegen der ursprünglichen Ablehnung der Hearing-Kommission die Fertigkeiten und Kenntnisse, die einem wirtschaftswissenschaftlichen Studium gleichzusetzen sind, zusprach. Dieser Bewerber sowie zwei weitere wurden nachträglich zum Hearing eingeladen.

Aufklärungsbedürftig erscheint auch, warum sich keine Juristinnen und Juristen für die Stelle der Personaldirektorin/des Personaldirektors bewerben durften. Immerhin war der bisherige Personaldirektor Dr. Ernst Inquart promovierter Jurist. Zum Zug kam schlussendlich eine interne Bewerberin, wobei laut medialen Berichten eine deutliche Divergenz zwischen den Beurteilungen der internen Kommissionsmitgliedern auf der einen Seite und der Expertin eines Personalbüros auf der anderen Seite bestanden haben dürfte.

Angesichts dieser Fakten und der in mehreren Punkten fragwürdigen Vorgangsweise bei dieser Postenbesetzung, bringt die ÖVP Linz am kommenden Donnerstag folgenden Antrag in den Linzer Gemeinderat ein:

„Der Bürgermeister wird ersucht, aufgrund der Vorkommnisse rund um die Bestellung der Direktorin/des Direktors des Geschäftsbereiches ‚Personal & Zentrale Services‘ und der damit einhergehenden Belastung des Verfahrens eine Neuausschreibung zu veranlassen.“

MITTELFRISTIGES KONZEPT FÜR NEUES STADION

Ein modernes Fußballstadion ist für viele Städte im europäischen Raum mittlerweile zu einem wichtigen Standortfaktor und zu einer wichtigen Plattform für mediale nationale und internationale Präsentation geworden. Zudem bringen die Zuschauer Kaufkraft und Frequenz für die jeweilige regionale Wirtschaft.

Vor diesem Hintergrund muss auch in der Stadt Linz alles darangesetzt werden, die Weichen für den Neubau eines modernen Fußballstadions zu stellen. Die derzeitige Anlage auf der Gugl entspricht trotz einer millionenteuren Sanierung weder den Ansprüchen des modernen Fußballsports noch den Ansprüchen der Fans an Atmosphäre, Komfort und Verkehrserschließung bzw. Parkplatzangebot.

Linz braucht dabei nicht zwingend die Stadien einer Millionenstadt. Aber ein zweckmäßiges, gut erreichbares und zur Stahl- und Sportstadt passendes Stadion ist schon wichtig. Immerhin gilt, wer aufhört, besser sein zu wollen, hat aufgehört, gut zu sein.

Das Linzer Stadion auf der Gugl war immer als multifunktionales Stadion konzipiert und wird daher aus Sicht eines Fußballfans nie die Qualität eines reinen Fußballstadions erreichen. Die Infrastruktur ist natürlich ein Baustein für den sportlichen Erfolg und soll daher auch den Anforderungen des Spitzensports entsprechen. Es liegt im Interesse der Vereine und der Stadt Linz, erfolgreiche Fußballteams in Linz zu haben.

Angesichts der geschilderten Fakten wird die ÖVP kommenden Donnerstag folgenden Antrag in den Gemeinderat einbringen:

„Im Sinne der nationalen und internationalen Positionierung und Vermarktung von Linz als Sportstadt bekennt sich der Linzer Gemeinderat zur Zielsetzung „Errichtung einer modernen Fußballstadion-Infrastruktur gemäß den definierten

Ansprüchen bzw. Reglements der UEFA, des ÖFB, der Linzer Spitzenklubs sowie vor allem auch der zigtausenden Fußballfans in Oberösterreich und Linz“. Im Sinne einer mittelfristigen Realisierung dieses Projektes wird der Linzer Bürgermeister daher aufgefordert, in Zusammenarbeit mit UEFA, ÖFB, den Linzer Spitzenklubs sowie unter Einbindung der Fanklubs einen Masterplan für ein modernes Fußballstadion in Linz zu entwickeln, der insbesondere auch die folgenden Eckdaten klar definiert: Standort, Besucherkapazität, UEFA-Qualitätseinstufung, Eigentums- und Vermarktungsrechte, Verkehrserschließung, Parkplatzkapazität.

ANTI-STAU-PAKET FÜR URFAHR

Die Stadtregion Urfahr steht geografisch im Brennpunkt der Verkehrsströme aus den nördlichen und nordöstlichen Einzugsgebieten in und durch die Landeshauptstadt Linz. Daher bedarf diese Wohnregion mit insgesamt knapp 50.000 Einwohnerinnen und Einwohnern besonderer Sensibilität, wenn es um die Sicherung der Lebensqualität geht.

Schon im Örtlichen Entwicklungskonzept werden für die Stadtregion Urfahr eine ganze Reihe an Verkehrsprojekten aufgelistet, die zu einer Verkehrsentlastung und zu einer Verbesserung des Parkplatzangebotes in den Wohngebieten führen sollen. Gleiches gilt für das Gesamtverkehrskonzept der Oö. Landesregierung für den Großraum Linz.

In einer Zusammenschau dieser beiden planerischen Konzepte ergeben sich primär folgende Schwerpunkte für eine Verkehrsentlastung der Urfahrer Bevölkerung: A26 Westring, Autobahnanschluss Universität, Neudefinition von Durchzugsachsen und verkehrsberuhigten Zonen, Verknüpfung zwischen Straßenbahnnetz und den geplanten Schnellbahnverbindungen, Park-And-

Ride-Anlagen sowie die Verlängerung der geplanten Radhaupttrouten auf Linzer Stadtgebiet.

Vor diesem Hintergrund bringt die ÖVP am kommenden Donnerstag folgenden Antrag in den Linzer Gemeinderat ein:

„Das für Verkehrswesen zuständige Mitglied des Linzer Stadtsenates sowie der Linzer Bürgermeister als Mitglied im Lenkungsausschuss zur überregionalen Koordination des Gesamtverkehrskonzepts werden beauftragt, unter Beachtung der im Örtlichen Entwicklungskonzept und im Gesamtverkehrskonzept für den Großraum Linz enthaltenen Projektvorschläge ein „Anti-Stau-Programm“ für die Stadtregion Urfahr vorzulegen, das darauf ausgerichtet ist, die Verkehrsbelastung einzudämmen, die Stauzeiten zu verringern sowie Lebensqualität und Parkplatzangebot für die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadtregion Urfahr deutlich zu verbessern.

MEHR MITBESTIMMUNG DER BEVÖLKERUNG!

Alle Parteien sprechen sich dem Grunde nach dafür aus, dass die Bevölkerung mehr in kommunale Entscheidungsprozesse eingebunden werden sollte bzw. die derzeit zur Verfügung stehenden Instrumente der direkten Demokratie gestärkt gehören. Vor diesem Hintergrund haben sich die Oberösterreichischen Landtagsparteien auf ein Demokratiepaket verständigt, mit dem die entsprechenden Zugangsquoren gesenkt werden.

Diese Verbesserungen im Gesetz bringen im konkreten Fall allerdings nur Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger, wenn sie auf der kommunalen Ebene auch „gelebt“ werden. Das Gegenteil trat leider im Falle der Bürgerinitiative „Rettet die Linzer Eisenbahnbrücke“ zu Tage. Denn nachdem 872 Bürgerinnen und Bürger durch deren Unterschriftsleistung das Begehrt gültig unterstützt

hatten und somit die Voraussetzung gemäß § 69 Abs. 3 StL 1992 erfüllt war, wurde der Antrag per Bescheid des Bürgermeisters am 03.11.2014 als unzulässig zurückgewiesen. Die Stadt Linz holte zur Untermauerung ihres Standpunktes gar ein Rechtsgutachten eines Universitätsprofessors aus Wien ein, das besagte, dass die Angelegenheit nicht in den eigenen Wirkungsbereich der Stadt Linz falle.

Für den Zustellungsbevollmächtigten der Bürgerinitiative war es erforderlich, einen Rechtsvertreter zu bestellen, um zur Durchsetzung des Begehrs eine Beschwerde an das Oö. Landesverwaltungsgericht einzubringen. Nicht nur, dass seitens der Stadt Linz mögliche Fristen ausgereizt wurden, weshalb das Verfahren in die Länge gezogen wurde; die Stadt Linz ließ sich vor dem Oö. Landesverwaltungsgericht gegenüber der Bürgerinitiative sogar mittels eines Rechtsanwaltes vertreten. Dieser bezeichnete die Bürgerinitiative während der Verhandlung als „Gegenseite“.

Das Landesverwaltungsgericht hat schlussendlich im gegenständlichen Fall entschieden, dass die Bürgerinitiative zulässig ist. Der Bürgermeister lenkte in der Folge ein und man einigte sich auf eine Volksbefragung am 27.09.2015.

Für die Zukunft sollte man aus diesem Fall dahingehend lernen, dass man einer Bürgerbewegung im Zweifelsfall nicht mit juristischen Winkelzügen begegnet. Vielmehr sollte die Bevölkerung ermutigt werden, die Mittel der direkten Demokratie zu nutzen und sich im Sinne der Stadt Linz zu beteiligen. Grundlage dafür soll ein entsprechendes Positionspapier der Stadt Linz sein, das über die Sommermonate ausgearbeitet werden soll.

Im Sinne einer weiteren Aktivierung der Linzer Bevölkerung für Mitbestimmung und Mitgestaltung von zentralen Entscheidungen in der Landeshauptstadt Linz bringt die ÖVP am kommenden Donnerstag folgenden Antrag ein:

„1. Die Stadt Linz bekennt sich zu den Instrumenten der direkten Demokratie und unterstützt ihre Bürgerinnen und Bürger bei der Nutzung der zur Verfügung stehenden Mittel der direkten Demokratie. Darüber hinaus werden Formen der Bürgerbeteiligung, beispielsweise bei der Stadtplanung, forciert.

2. Demgemäß soll über die Sommermonate ein Prozess aufgesetzt werden, bei dem Vertreterinnen/Vertreter der Gemeinderatsfraktionen sowie die Mandatäre Grönn und Reiman gemeinsam mit Expertinnen und Experten ein Positionspapier ausarbeiten, das (auf Basis des novellierten Stadtstatuts) den fairen Umgang der Stadt Linz mit direktdemokratischen Mitteln sowie weitere Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung regelt.“